**Zeitschrift:** Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

**Band:** 1 (1921-1922)

Heft: 5

**Artikel:** Amerika und die Versailler Friedensverhandlungen

Autor: Oehler, Hans

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-154007

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 01.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

# Amerika und die Versailler Friedensverhandlungen.

Bon Sans Dehler = Zürich.

Erst der Mensch trägt moralische Begriffe in die Natur hinein. Die Natur selbst kennt keine solchen. Geschichte aber als das Spiel und Widerspiel von in den Menschen wirkenden Kräften ist Natur. Klein, allzuklein und allzumenschlich macht der Mensch seine eigene Geschichte, wenn er sie nur an seinen kleinen Borstellungen und Begriffen mißt. Armselig, rechtschaberisch und selbstüberhebend ist er, wenn er das große Daseinserlebnis als Aussluß seines kleinen Ich verstehen will und, an der Oberfläche haftend, vom Untergrund alles Weltgeschehens und Menschendseins, vom großen Unergründlichen, nie Gesehenen und nie Erfaßten, vom Wunderbaren und Tieftragischen, in der Erscheinung ewig Beränderlichen und im Wesen doch ewig Gleichen, dessen schnell vorüberziehende körperhafte Darstellung wir Einzelwesen nur sind, nichts weiß.

Wie im Urwald Baum, Strauch und Schlingpflanze aufwächst in zähem Ringen nach Licht und Luft, getrieben nur von dem einen Drang zu wachsen, zu blühen und Früchte zu tragen, so auf der Oberfläche unseres Erdplaneten Bolk neben Bolk, seit Anbeginn ihres Daseins im Rampfe um Licht und Luft miteinander liegend, beseelt vom dunkeln, kaum erkannten Drang nach Wachstum, herrlicher Blüte und köstlicher Frucht höchster menschengeschaffener Werte und Güter. Dichter, Philosophen und Künstler geben dem nie ergründeten Lebensdrang begrifflichen und bildhaften Ausdruck; Staatsmänner lenken sein Wachstum nach bewußtem Plane, um ihm Entwicklungsfreiheit und Ausdehnungsmöglichkeit zu sichern.

Spiel und Widerspiel dieses in den Bölkern wirkenden Lebensdranges, sein Wachstum hier, sein Blüte- und Früchtetragen da, sein Erlahmen dort, das Ringen des nach Sonne und Licht Aufwachsenden mit dem in reifer Frucht Stehenden oder ichon Erlahmenden, das Rommen, Werden und Vergehen der Bölker, das ist es, was wir Geschichte nennen. Warum sollten wir diese Geschichte mit moralischen Begriffen messen? Warum unser Schicksal kleiner machen als es ist? Was wir können, ist rücklickend erkennen und urteilen, wo Führerfähigkeit war und wo nicht. Denn das ist Menschenwert - und unser eigentlicher Daseinsberuf - wie wir dem Lebens= drang Ausdruck geben, wie wir sein Wachstum leiten und lenken. seiner Mitte heraus gebiert ein Volk seine Führer und Lenker, damit es von ihnen geführt und gelenkt werde. Von der Fähigkeit seiner Führer und Lenker hängt das Schicksal eines Volkes, und weil das Schicksal des einen Volkes das Schicksal aller andern mitbedingt, das Schicksal aller Völker ab. Geschichte schreiben heißt - auch im Zeitalter der Demokratie - letten Endes nichts anderes als über Führertätigkeit und Führerfähigkeit schreiben.

Wir leben heute mitten in einer solchen Hochflut geschichtlichen Gesichehens — Bölkerschicksale, ja das Schicksal ganzer Erdteile stehen ständig

in Frage —, daß die neuen Ereignisse das Interesse am Zurückliegenden beinahe verdrängen. Und dennoch richtet sich unser Blick immer wieder rückwärts auf jene Zeiten und Vorgänge, die den Schlüssel für das Verständnis, den Ausgangspunkt und die Ursache der heutigen Verhältnisse und Geschehnisse bilden: Auf die entscheidungsschweren Monate zwischen dem Abschluß des Waffenstillstandes am 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages durch Deutschland am 28. Juni 1919. Was in diesen Monaten von einigen wenigen Staatsmännern, in deren Händen die Macht und damit erst recht das Geschick der ganzen Welt geslegt war, verhandelt, erwogen und beschlossen und in die Tat umgesetzt worden ist, wird den Gang der Weltgeschichte der nächsten fünfzig oder hundert Jahre und das Schicksal der Völker bestimmen.

Ueber dieses bisher rätselhafteste, dunkelste und unheilvollste Rapitel der jüngften Geschichte gibt das Buch Lanfings, des ehemaligen Staats= sekretärs des Auswärtigen im Rabinett Wilson und amerikanischen Friedens= delegierten in Paris über "Die Bersailler Friedensverhandlungen"\*) erschöpfende Auskunft. Die Lansing'sche Beröffentlichung ist eine wertvolle Erganzung zu dem bei seinem Erscheinen so großes Aufsehen erregende Buch des englischen Finanzdelegierten in Paris, Rennes über "Die wirtschaftlichen Grundlagen des Friedensvertrages", von dessen Grundgedanken sich heute mehr und mehr die englische Politik leiten läßt. Sie ist bloß noch ausführlicher und aufschlufreicher über den eigentlich ausschlaggebenden Faktor bei den Friedensverhandlungen, über Amerika, beziehungsweise seinen Bräsi-Wie für den Rriegsausgang Amerikas Verhalten den Ausschlag gab, so auch für die Urt des Friedensschlusses. Und weil Umerikas Stellungnahme seit der Wiederwahl Wilsons im November 1916 bis im Herbst 1919 fast gleichbedeutend mit Wilsons Stellungnahme war auf alle Fälle in viel höherem Mage damit gleichbedeutend war als 3. B. das Verhalten Englands mit demjenigen Llond Georges oder das Verhalten Frankreichs mit demjenigen Clemenceaus — lastet die Verantwortung für den Rriegsausgang, wie insbesondere für den Ausgang der Friedensverhandlungen auf dessen Schultern. Daß die ungeheure Last dieser furchtbaren Berantwortung ihren Träger, als er sich seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen zeigte, förperlich und seelisch erdrückte und zusammenbrechen ließ. ist menschlich nur allzu verständlich.

Der Auseinandersetzung mit Wilson und der Rechtfertigung gegen dessen Borwurf mangelnder Loyalität ist das Buch des am 20. Februar 1920 auf Wilsons Veranlassung aus dem Kabinett ausgetretenen Staatssefekretärs gewidmet. Die ruhig sachliche, leidenschaftslose und menschlich vornehme Art, in der Lansing seine Rechtfertigung geschrieben hat, sichert dieser nicht nur bedeutenden geschichtlichen, sondern auch tiesen menschlichen Wert.

Was dem Buch Lansings, im Gegensatz zu demjenigen von Kennes, das uns als Betrachtung über den Friedensvertrag, zu dessen Unterzeichnern wir ja nicht gehören, nur mittelbar berührt, unser ganzes unmittelbares Interesse zuwenden läßt, sind seine Ausführungen über den

<sup>\*)</sup> Robert Lansing: Die Versailler Friedensverhandlungen: Deutsch im Verlag Hobbing = Berlin 1921.

Bölkerbund, mit dessen Dasein unser eigenes Dasein heute ja aufs enaste verknüpft ist. Lansing gibt in seiner Auseinandersetzung mit Wilson und seinem Verhalten und Vorgehen in der Sache des Völkerbundes zugleich eine ziemlich lückenlose Darstellung der gedanklichen Entstehung des Wilson= schen Bölkerbundsplanes, seiner allmählichen Ausreifung und Berwirklichung in der heutigen Form. Daß Lansing in grundsätlichen Bunkten von Un= fang an im Gegensatz zu Wilson stand, wurde an und für sich noch nicht für seine Anschauungen und gegen die Anschauungen Wilsons sprechen. Daß aber seine Bedenken und Vorstellungen, die er schon im Herbst 1918 noch in Washington Wilson gegenüber vorbrachte und bis zur endgültigen Unterzeichnung des Bölkerbunds- und Friedensvertrages immer von neuem wiederholte, nur allzu gerechtfertigt waren, hat die Erfahrung restlos Wenn Lansing nicht wie andere, darunter 3. B. auch Rennes. aus der Erkenntnis der gänzlichen Untauglichkeit und Unhaltbarkeit des in Baris und Versailles Beschlossenen und Geschaffenen die Folgerung zog und schon damals demissionierte, so hinderte ihn daran nur sein Verantwortungs= gefühl dem Bräsidenten gegenüber und seine Ueberzeugung, durch seine offene Demission den Abschluß überhaupt jeglichen Friedens zu gefährden. Innerlich hatte er sich schon im Mai 1919 von Friedensvertrag und Bölkerbund losgelöst. Durch seine Demission im Februar 1920 und sein Buch hat er es auch öffentlich getan.

Die erste Meinungsverschiedenheit zwischen Lansing und Wilson tat sich auf als Wilsons Absicht, als einer seiner eigenen Delegierten an der Friedenskonfereng teilgunehmen, bekannt wurde. hielt die persönliche Anwesenheit Wilsons in Paris für politisch unklug und verhängnisvoll. Bei einer Konferenz, an der Amerika als neutraler Vermittler zwischen den Rriegführenden gewaltet hatte, wie das noch im Dezember 1916 möglich gewesen wäre, wäre es etwas anderes gewesen. Im Herbst 1918 war Amerika aber selbst eine kriegführende Macht, "die den Ausschlag der Rriegswage gegen Deutschland gegeben hatte." wirklich in den Rrieg gegen die Mittelmächte nicht aus eigenen selbstischen Nationalinteressen eingetreten war, sondern nur um einen baldigen, gerechten und dauerhaften Frieden zu erzwingen, dann mußte es Sorge dafür tragen, daß es beim Friedensschluß auch seine Absicht durchzuführen vermochte. "Tatsächlich beherrschte Wilson die Situation. Wenn er in Washington blieb und die Verhandlungen durch seine Bevollmächtigten leitete, hätte er aller Wahrscheinlichkeit nach diese überragende Stellung behalten und Friedens= bedingungen diktieren können, wie er sie für gerecht und richtig hielt." Wilson aber aing trok Abraten seines Staatssekretars nach Paris. "Es entzieht sich meiner Renntnis, inwieweit ihn die Sensation reigte, daß ein amerifanischer Präsident über den Ozean fuhr um in eigener Verson das große Friedenswerk zu lenken. Bielleicht hat diese Borstellung den Ausschlag aegeben, vielleicht auch nicht." Wilson hat sich nie von politischen Ueberlegungen und Erwägungen leiten lassen. Seine Entschlüsse wurden fast ausschlieklich durch theoretische Begriffe und Vorstellungen, unter stärtster Mitwirkung persönlicher Gefühlsmotive bestimmt. Bielleicht hatte er doch noch von seinem Vorhaben, sich selbst nach Paris zu delegieren, Abstand genommen.

Dem Drängen und Bitten der europäischen Staatsmänner, doch ja persönlich an der Konferenz teilzunehmen, konnte er aber nicht widerstehen, es schmeis

chelte ihm zu sehr, und so tat er den verhängnisvollen Schritt.

In Wilsons Bölkerbundsplan zeigte sich von Anfang an der gleiche Mangel an organischer Durchdachtheit und Folgerichtigkeit, an schöpfericher Eigenart und innerer Selbständigkeit, der für sein politisches Sandeln charakteristisch ist. Darum war ja Wilson im Grunde, wenn er sich noch so sehr als den unzugänglichen, unbeugsamen Mann ausgab, im höchsten Maße fremdem Einfluß unterworfen. Ja, seine Unzugänglichkeit und Unbeugsamkeit war letten Endes nur der Deckmantel, hinter dem sich seine Unselbständigkeit und mangelnde Ursprünglichkeit verbarg. — Seinem Wesen und Begriff nach ursprünglich als eine Organisation gedacht, durch die das internationale Leben mehr und mehr nach Gesichtspunkten des Rechts und nicht mehr der Gewalt geregelt werden sollte, entwickelte sich der Bölkerbund in Wilsons Vorstellung - seit dem Beitritt der Vereinigten Staaten in den Rrieg beschäftigte sich Wilson aufs lebhafteste damit — allmählich zu einer Organisation der Macht, deren Aufgabe nicht die Schaffung von Recht. sondern die Durchführung geschaffenen Rechts sein sollte. Schon der Beitritt Ameritas in den Rrieg war in der Wilsonschen Begründung eine Handlung zur Durchführung eines gefällten Rechtsspruchs. Rechtsspruch: die Mittelmächte, bezw. Deutschland, hatten den Krieg in verbrecherischer Absicht allein verursacht und müßten darum zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden, selbst noch gar nicht von einer dazu qualifi= zierten richterlichen Behörde gefällt, sondern gang einfach der Ententepropaganda entnommen war und vor dem Urteil der Geschichte einmal gang anders lauten könnte, machte Wilson keine Bedenken. So stellte er sich auch den Bölkerbund in seinen Gedanken in erster Linie als ein Instrument gur Vollstreckung der von der Friedensversammlung zu treffenden Entscheidungen und zur Sicherstellung der dort geschaffenen neuen Rechts- und Gebietsverhältnisse gegen einen allfälligen erneuten fünftigen Angriff der Mittel= mächte vor.

Diese Grundlagen des Wilsonschen Völkerbundsplanes sind es, zu denen Lansing in schroffstem Gegensatz stand und die er in der klaren Voraussicht bekämpfte, daß sie allen amerikanischen Ueberlieferungen wider= sprechen und vom amerikanischen Bolk nie gutgeheißen würden. Den Mittelpunkt des Wilsonschen Planes bildete die Garantieklausel, durch deren Unnahme sich jedes Bölkerbundsmitglied verpflichten sollte, die territoriale Unversehrtheit und die politische Unabhängigkeit aller dem Bund angehörenden Staaten zu garantieren. Gine solche Bestimmung stand im Widerspruch zu den bisherigen Grundsägen amerikanischer Politik, keine vertraglichen Bindungen einzugehen, die die Bereinigten Staaten in die Konflitte anderer Erdteile verstriften oder andere Erdteile zur Einmischung in Angelegenheiten des amerikanischen Erdteils berechtigen konnten — Monroedoktrin und panamerikanische Doktrin -. (Gegen den späteren Artikel 10 des Bölkerbundsvertrages, in dem die Garantiebestimmung Ausdruck fand, richtete sich denn auch hauptsächlich die Opposition des amerikanischen Senats.) Aber — und das war für Lansings Verhalten noch viel bestimmender —

diese Garantieklausel, die denjenigen Nationen, auf deren Seite Amerika iest kämpfte, die beim Friedensschluß zu erwartenden Gebiets= und Macht= gewinne garantieren sollte, hatte einen praktischen Wert nur, wenn zur Erzwingung und Aufrechterhaltung ihrer Gültigkeit eine machtvolle Gewalt porhanden war; sie setzte das Machtprinzip, das gerade mittelst eines Völkerbundes im internationalen Leben durch das Rechtsprinzip ersett werden sollte, voraus. Bur Machtausübung famen aber wiederum in erster Linie diejenigen Mächte in Betracht, die wirklich über Macht verfügten, die Großmächte. Und diese wurden dann entsprechend ihren größeren Pflichten auch größere Rechte beanspruchen, wodurch die ganze Voraussetzung eines auf dem Rechtsprinzip beruhenden Bölferbundes, der Grundsat der Gleich heit der Nationen umgestoßen würde. "Meiner Meinung nach schreibt Lansing - führte die Durchführung dieses Wilsonschen Garantieprinzips und die zu seiner Verwirklichung geschaffene Organisation notwendigerweise dazu, daß die Gewalt übermäßig betont und eine Vorherrschaft der starten Mächte errichtet wurde. Unter solchen Umständen würde man unmöglich das Prinzip der Gleichheit der Nationen aufrechterhalten tönnen, ein Bölkerrechtsprinzip, das in Friedenszeiten die allgemein anerkannte Grundlage des Bölkerverkehrs gewesen war." Lansing selbst stand auf dem Standpunkt, daß "das juristische Prinzip (von der Gleichheit der Nationen), gleichviel wie es in der Praxis damit aussieht, aufrecht erhalten werden muß, weil sonst die Gewalt und nicht das Gesetz, die Macht und nicht das Recht zum grundlegenden Organisationsprinzip erhoben wird, wie das bei früheren Kongressen und Konzerten der europäischen Mächte der Fall gewesen ist". In dem von ihm furz nach der Ankunft der amerikanischen Delegation in Paris ausgearbeiteten eigenen Völkerbundsentwurf bildete die Gleichheit der Nationen das Grundpringip; "den Großmächten werden darin teine besonderen Borrechte in der Geschäftsführung und sleitung zuerkannt, alle Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten". Wilson aber Schenkte dem Entwurf seines Staatssekretars keine Beachtung und schritt halsstarrig, im Widerspruch zu den anderen amerikanischen Delegierten. auf dem Weg, den er einmal betreten hatte, weiter. Wohin dieser Wea ihn führte, sollte nur allzubald offensichtlich werden.

Neben dem Wilsonschen Völkerbundsplan lagen damals insbesondere noch derjenige des General Smuts, nach dem der Völkerbund als "Erbe der Weltreiche" die Mandate über den deutschen Kolonialbesitz und andere Gebiete der ehemaligen Mittelmächte verteilen und überwachen sollte, und derjenige Lord Cecils vor. Von ersterem wurde Wilson in Bezug auf seine Auffassung der Mandate stark beeinflußt. Der Begriff des Völkerbunds als eines "Nachfolgers der Weltreiche" tritt auch in seinem Entwurfe auf. Ueber den Cecilschen Entwurf schreibt Lansing: "Der Cecilsche Plan enthielt keine idealistischen Momente, trozdem Cecil in dem Rufe stand, ein Idealist und Apostel einer neuen Weltordnung zu sein". Dieser Plan hatte nach Lansing nur den einen großen Vorzug, "er sagte frei heraus, was er erstrebte". Gerade das war bei dem Wilsonschen nicht der Fall. Wilson billigte den Cecilschen Plan nicht, "obschon doch sein eigener Plan auch das Prinzip des Primats der Großmächte enthielt. Vielleicht glaubte

er, daß der Plan des britischen Staatsmannes sich allzu offen zu der Roalition und Oligarchie der fünf Großmächte bekannte, während seiner Ansicht nach doch wenigstens der Schein einer Mitwirkung und Beteiligung

der fleinen Mächte gewahrt werden mußte".

Schlecht bestellt war es im Wilsonschen Völkerbundsplan auch um die internationale Rechtssprechung. In seinem ursprünglichen Entwurf war von einem internationalen Gerichtshof gar nichts gesagt und der Haager Schiedsgerichtshof nicht einmal erwähnt. Wilson stellte "die Exekutivgewalt des Völkerbundes in den Vordergrund und ordnete das ordentliche Rechtsverfahren des Bundes dieser Exekutivgewalt unter." Auch damit wich er ganglich von der amerikanischen Ueberlieferung ab und handelte unter fremdem, wohl hauptsächlich englischem Einfluß. "Wenn man sich vorstellt, wie eifersüchtig und nachdrücklich die Verfassung der Bereinigten Staaten und die Berfassungen der einzelnen Unionstaaten die staatlichen Rechtsorgane vor dem Eingriff der Exekutive und Legislative schützen, so muß man sich angesichts Wilsons Vorschlag, dieses große Prinzip bei der Schlichtung internationaler Streitfälle außer acht zu lassen, fragen, wie Wilson eigentlich wirklich über die amerikanische Verfassung dachte." Dem Schiedsgerichtshof, wie er schlieglich in Art. 12 des endgültigen Bertrages vorgesehen wurde, eignet ganz der vorzugsweise diplomatisch-politische Charafter der Wilsonschen Vorstellungen über die Bedeutung internationaler Durch die Wahl der Richter durch Versammlung und Rechtssprechung. Rat wird die Bevorrechtung der Großmächte auch völkerrechtlich festgelegt.

Erschredend ist es, aus den Lansingschen Aufzeichnungen zu erfahren, in welch verantwortungsloser Weise in Paris über das Geschick der Bölker entschieden worden ist. "Nur einen Augenblick zu glauben, daß eine Weltverfassung — denn als solche erschien der (Völker-)Bund seinen Verfechtern vollkommen oder nur auf kluge Art in elf Tagen (in den zehn Sitzungen des Bölkerbundsausschusses vom 3. bis 14. Februar) aufgesett werden tonnte, beweist augenscheinlich einen völligen Mangel an Würdigung der zu lösenden Probleme oder sonst eine anormale Zuversicht in die Begabung und Weisheit der mit dieser Pflicht Betrauten." Gine Weltverfassung in elf Tagen! Man denkt unwillfürlich an amerikanische Rekorde. Gine "anormale Zuversicht" in seine eigene Begabung und Weisheit scheint übrigens Wilson besessen zu haben. Es bleibt sonst unerklärlich, warum er auf die Aufstellung jeglichen amerikanischen Programms, an das sich seine Mitdelegierten hätten halten können, verzichtete. "Es war offenbar, daß Präsident Wilson kein Programm irgendwelcher Art, nicht einmal eine Liste einschlägiger Punkte als Umriß für die Aufstellung eines Programms besaß. Wie er die Verhandlungen zu führen gedachte, schien niemand zu wissen. Alles war sehr unsicher und unbefriedigend." Das schlimmste dabei war, daß der Präsident selbst nicht genau wußte, was er wollte. "Es hätte einen ungeheuren Unterschied ausgemacht, wenn der Präsident sein Biel genau gekannt hatte, aber offenbar war das nicht der Fall. Er erging sich in Allgemeinheiten und überließ anderen ihre Deutung und Anwendung."

In einer Hinsicht nur war Wilson zielbewußt und folgerichtig, in dem Bestreben, den Bölkerbund mit dem Friedensvertrag zu ver=

fnüpfen. Eine enge Berbindung des Bölkerbundes mit dem Friedensvertrag lag durchaus in der Richtung des ursprünglichen Wilsonschen Planes, nach dem der Bölkerbund ja in erster Linie als ein Organ zur Durchführung und Sicherstellung der auf der Friedensversammlung zu schaffenden Gebiets= und Rechtsverhältnisse gedacht war. Tropdem hätte Wilson, wenn er den Blick für die vorliegenden politischen Realitäten gehabt hätte, davon Abstand nehmen muffen. Wenn er es nicht getan hat, dann haben dabei nicht nur sachliche, sondern auch persönliche Motive eine ausschlaggebende Rolle gespielt. "Die fixe Idee des Präsidenten in Bezug auf einen Bölkerbund macht ihn blind für alles übrige", zeichnet Lansing am 30. März in Paris auf; "ein sofortiger Friede gilt ihm nichts im Bergleich mit der Annahme der Bundes= Die gesamte Welt verlangt nach Frieden. Der Prasident will seinen Bund. Die Zeit, die der Formulierung des Bölkerbundes und dem Beschlusse, daß jene in den Verhandlungen den Vortritt haben sollte, geopfert wurde, verursachte einen solchen Aufschub der Verhandlungen und verhinderte eine rasche Wiederherstellung des Friedens. Dies läßt sich nun einmal nicht Leider ist es eben so mahr, daß Präsident Wilson die Saupt= leugnen. schuld daran trägt. . . Es bleibt eine unbestreitbare Tatsache, daß zwei bis drei Monate mit der Ausfertigung eines Dokumentes vergingen, das schließlich vom Senat der Vereinigten Staaten verworfen wurde und an der Nichtratifizierung des Versailler Vertrages schuld war. Gedenkt man der Warnungen, die Präsident Wilson empfangen hatte, und der tauben Ohren, die diese Warnungen bei ihm fanden . . . usw." Es ist vernichtend für Wilson als Staatsmann, was Lansing über seine unheilvolle Tätigkeit in Paris niedergeschrieben hat.

Ja, wenn der Wilsonsche Bölkerbundspakt noch irgendwelchen ideellen Gehalt gehabt hätte! Dann ware der Rampf Wilsons um seinen Bolkerbund in Paris wirklich das gewesen, als was man ihn einer leichtgläubigen Welt dargestellt hat und da und dort noch heute darstellen möchte. Wilson tämpfte aber in Paris fast nur noch um seine Stellung. Der Rampf um die Verwirklichung seines Völkerbundes wurde für ihn mehr und mehr zu einem Rampf für seine Verson. Wäre es anders gewesen, dann hätte er nicht die Zugeständnisse machen dürfen, die er gemacht hat und durch die er seinem Gebilde eigenhändig den Todesstoß versette. "Indem er sich zum Fürsprecher einer Oligarchie der Großmächte machte, brachte er die gefährliche Opposition der französischen und britischen Ausschuß-Vermutlich fanden auch die Japaner und mitglieder zum Schweigen. Italiener aus dem gleichen Grunde den Wilsonschen Plan durchaus annehmbar. Wilson trug einen gewissen personlichen Triumph davon, jedoch nur durch die Preisgabe des fundamentalen Prinzips von der Gleichheit der Nationen."

Schließlich war Wilson auch noch bereit, einen Allianzvertrag mit Frankreich (und England) einzugehen, weil er es für notwendig hielt, den Franzosen dieses Zugeständnis zu machen, um ihre Unterstützung für die Bundessatung zu erlangen. "Was mir besonders auffiel", zeichnete Lansing dazu auf, "war, daß der Befürworter des Bündnisses bereit war, den Grundzug des Bundes zu vernichten, um Frankreichs Unterstützung.

für diesen zu erlangen". Die gleichen Beweggründe waren es, die Wilson zur Unterzeichnung des Schantung Mbkommens mit Japan versanlaßten, durch das Japan in den Besitz des ehemaligen deutschen Pachtgebietes in China mit einer Gesamtbevölkerung von 30 Millionen Chinesen gelangte und das zu den amerikanischen Interessen in schärsstem Widerspruchsteht. Wilson war überzeugt, "die japanischen Delegierten würden die Annahme der Satzung des Bölkerbundes verweigern, wenn die Ansprüche Japans auf deutsche Gerechtsame (in Schantung) abgewiesen würden.... Ihm, dem Präsidenten (hat Wilson gesagt), tue es sehr leid, daß es ihm nicht möglich gewesen, mehr für China zu tun, aber er sei gezwungen worden, Japans Forderung stattzugeben, um den Bölkerbund zu retten."

Nicht nur wurde in Paris mit solchen Zugeständnissen die Lebens= möglichkeit des Völkerbundes erkauft, sondern der Völkerbund selbst wurde, "um ihn vor dem Untergang oder der gänzlichen Bedeutungslosigkeit zu retten", durch "eine Erweiterung seiner Machtbefugnisse und Obliegenheiten zu einem gemeinschaftlichen Aktionsorgan derjenigen Nationen, die über die Mittelmächte gesiegt hatten", gemacht. "Un Stelle der ausschließlich zur Verhütung von Weltkriegen geschaffenen Organisation trat eine Organisation zur Durchführung der Friedensbedingungen. idealistische Grundidee wurde dem materiellen Zwecke, den Siegernationen die Früchte des Sieges zu bestätigen und zu sichern, untergeordnet." beispielsweise auch durch die Aufnahme des Mandatsustems. "Man gelangt unausweichlich zu dem Schlusse, daß die Vorkämpfer der Theorie (des Mandatsnstems) in ihr ein Mittel erblickten, dem Bölkerbund eine scheinbare Nüglichkeit zu verleihen, die den Bund dadurch rechtfertigte, daß sie ihn zum Vormund unzivilisierter und halbzivilisierter Bölkerschaften In seiner tatsächlichen Wirkung arbeitete der scheinbare Alt= machte.... ruismus des Mandatsnstems zugunsten der selbstsüchtigen und materiellen Interessen der Mächte, die solche Mandate annahmen."

Es ist unvermeidlich, daß schwerwiegende, zur raschen Entscheidung drängende Beschlüsse oft im kleinsten Kreise und unter Ausschluß der Deffent= lichkeit gefaßt werden müssen. Wo aber das Schicksal der Völker, ihre Selbständigkeit und Selbstbestimmung, ihre Grenzen und Gebiete in Frage stehen, wird man, wenn man dauerhafte Arbeit leisten will, die Deffent= lichkeit nie ganz ausschließen können. Die Pariser Verhandlungen allerdings hätten die Deffentlichkeit nicht vertragen, oder besser gesagt: wenn sie weniger unter Ausschluß der Deffentlichkeit stattgefunden hatten, ware ihr Ergebnis notwendig ein anderes gewesen, weil die Deffentlichkeit, selbst in den vom Ariege am schwersten betroffenen Ländern der Sieger, sich einmütig dagegen aufgelehnt hätte. So aber wurden alle wichtigen Entscheidungen hinter siebenfach verschlossenen Türen und selbst unter Ausschluß — nicht etwa nur der Besiegten -, sondern der eigenen Kriegsgenossen getroffen. Spärliche, das an die Deffentlichkeit gelangte, war ausgewählt und zurecht= gemacht. Deffentliche Versammlungen waren arrangiert und nur für den Schein. "Wenn man auf die Pariser Verhandlungen vom Dezember 1918 bis Juni 1919 zurüchlickt, ist die für sie carakteristische Heimlichkeit geradezu auffallend. Jedermann schien im Flüstertone zu sprechen und niemals etwas wichtiges zu sagen, als unter vier Augen. Die öffentlichen Sitzungen waren vorher arrangiert. Sie waren förmlich und oberflächlich. Die Abmachungen und Geschäfte kamen hinter verschlossenen Türen zustande." So seierte in Paris die Geheimdiplomatie eine ungeahnte Auserstehung und Triumphe, wie sie seie seit dem Wiener Kongreß vielleicht nicht mehr erlebt hatte, ein Sinnbild für den Geist alles dessen, was in Paris beraten, beschlossen und geschaffen worden ist, insbesondere auch des Völkerbundes. "Es besteht die Gesahr, daß der Völkerbund ein Bollwerk der alten Weltordnung und ein Hindernis auf dem Wege wird, die Menschheit wieder unter den Einfluß dersenigen Kräfte zu bringen, die ihr verloren gegangen sind."

Als schließlich am 7. Mai die Friedensbedingungen Deutschland übergeben und damit zum ersten Male den bangenden und wartenden Völkern und — Friedensdelegierten, die nicht den Vorzug genossen, zum Rate der Vier zu gehören, ein Einblick in das große "Friedenswerk" gewährt wurde, ging es wie ein Aufschrei durch die Welt. In tiefster Niedergeschlagenheit und Enttäuschung schrieb Lansing am andern Tage die solgende Vetrachtung auf, seit deren Aufzeichnung mehr als zwei Jahre verstrichen sind und die bis heute durch die Ereignisse in jeder Hinsicht bestätigt worden ist:

"Gestern wurden die Friedensbedingungen den deutschen Bevollmächtigten übergeben, und zum ersten Mal in diesen Tagen fieberhaft erregter Vorbereitung hat man Zeit, den Vertrag als ein vollständiges Schriftstuck in Augenschein zu nehmen. Der Eindruck, den er macht, ist enttäuschend, erweckt Bedauern und Niedergeschlagenheit. Die Friedensbedingungen erscheinen unsagbar hart und demütigend, während viele von ihnen mir unerfüllbar scheinen. Der durch den Vertrag geschaffene Völkerbund soll den fünstlichen Aufbau am Leben erhalten und ein Reimen der Kriegssaat, die in so vielen Paragraphen ausgesät ist, verhindern. Der Bund könnte ebenso gut das Wachstum der Pflanzenwelt in einem tropischen Dschungel verhindern. Rriege werden früher oder später entstehen. Man muß von vorne= herein zugeben, daß der Bund ein Werkzeug der Mächtigen ist, um das normale Wachstum nationaler Macht und nationaler Bestrebungen bei jenen aufzuhalten, die durch die Niederlage machtlos geworden sind. Prüft den Bertrag und ihr werdet finden, daß Bölker gegen ihren Willen in die Macht jener gegeben sind, die sie hassen, während ihre wirtschaftlichen Quellen ihnen entrissen und anderen übergeben sind. Sag und Erbitterung, wenn nicht Berzweiflung, muffen die Folgen derartiger Bestimmungen sein. mag Jahre dauern, bis diese unterdrückten Bölker imstande sind, ihr Joch abzuschütteln, aber so gewiß wie die Nacht auf den Tag folgt, wird die Zeit kommen, da sie den Versuch wagen. . . An Stelle des Dreibundes und der Entente hat sich der Fünfbund erhoben, der die Welt beherrschen Die Sieger in diesem Rriege gedenken ihren vereinten Willen den Besiegten aufzuzwingen und alle Interessen ihren eigenen unterzuordnen. Es ist wahr, daß sie, um die wach gewordene öffentliche Meinung der Menscheit zu befriedigen und dem Idealismus des Moralisten etwas zu bieten, die neue Allianz mit einem Heiligenschein umgeben und "Bund der

Bölker" genannt haben. Doch wie man ihn auch nennen oder sein Wesen verkleiden mag, er bleibt eine Allianz der fünf großen Militärmächte."

Es ware ungerecht, nur Wilson für das Nichtzustandekommen eines wahrhaften Völkerbundes verantwortlich machen zu wollen. Für die Errichtung eines wahrhaften Völkerbundes fehlten im November 1918 überhaupt die politischen Voraussenungen. Auch Lanfing hätte, wenn ihm 3. B. die Führung der amerikanischen Friedensdelegation in Baris anvertraut gewesen ware, einen Bolferbund, wie er ihm vorschwebte, nicht zu verwirklichen vermocht. Lansing war sich dessen wohl auch bewußt und trat daher von Anfang an für eine getrennte Behandlung von Friedensvertrag und Bölkerbund ein, weil ihm die Errichtung des letteren nur in einer von Rriegsgeist und Rriegseinstellung entfernten, allmählichen Entwicklung möglich schien. Daß aber im November 1918, als die Mittelmächte militärisch und politisch zusammengebrochen waren, die politischen Voraussetzungen für die Errichtung eines wahrhaften Bölkerbundes fehlten, daran ist wiederum Amerika, d. h. insbesondere sein Prafident Schuld. Wilson hatte sein Land auf Seite der Westmächte in den Rrieg geführt, um mittels Niederzwingung der Mittelmächte der Welt zu einem gerechten und dauerhaften Frieden zu verhelfen. Sein Ziel, den gerechten und dauerhaften Frieden, hat er nicht erreicht. Daraus muß geschlossen werden, daß auch das Mittel verfehlt war. Wenn das amerikanische Bolk bei der Präsidentenwahl vom letten Serbst Wilson in bisher in der amerikanischen Geschichte nicht dagewesener Weise verworfen hat, so hat es damit in erster Linie Wilsons Tätigkeit in Paris und sein Verhalten zum Versailler Friedensvertrag und Völkerbund verworfen. Diesem "Gottesurteil" hat aber sicherlich auch die instinktive Erkenntnis zu Grunde gelegen von der Verkehrtheit der Wilsonschen Politik nicht erft in Paris, wo sie sich bei der Herstellung eines ausgeglichenen und dauerhaften politischen Weltzustandes und der Wahrung der amerikanischen Interessen gänzlich unfähig zeigte, sondern schon zwei Jahre vorher, als sie Amerika unter der Einwirkung ausländischen Ginflusses auf Seite der Westmächte in den Rrieg hineinführte. Nicht daß in Paris fein Bölkerbund errichtet worden ist — dem Gebilde, das schließlich dort entstanden ist und sich so nennt, sollte man diesen Namen nicht beilegen -, sondern daß Rriegsausgang und Friedensverhandlungen den von dem ursprünglich europäischen Krieg bezweckten Kräfteausgleich, bezw. einen Rechtszustand, der den im Laufe der letten Jahrzehnte veränderten Rräfteverhältnissen entsprach. nicht brachten, trägt Schuld daran, wenn wir heute vor erneuten Welt= katastrophen stehen. Die Friedensverhandlungen konnten diesen erstrebten neuen gerechten Rechtszustand deswegen nicht bringen — sie haben die früheren Spannungen nur verstärkt und, wo bisher keine waren, neue geschaffen -, weil Amerika in dem Ringen der europäischen Großmächte Partei ergriffen und dadurch der einen Partei zum restlosen Sieg und zu einer Macht verholfen hatte, die diese naturnotwendig für ihre eigenen 3wede mißbrauchte und woran Amerika sie in Paris nicht zu hindern vermochte. Amerika ist letten Endes für den Ausgang der Bersailler Friedens= verhandlungen und die dadurch in der Welt geschaffenen trostlosen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse verantwortlich. Es ist zu hoffen, daß es sich dieser Verantwortlichkeit voll und ganz bewußt bleibt. Lansings Versöffentlichung wird auf jeden Fall dazu beitragen, dieses Bewußtsein wach

zuhalten und zu stärken.

Die Lansingsche Veröffentlichung ist auch geeignet uns zu nachdentlichen Betrachtungen über unsere eigene, ich weizerische Außenpolitit der letten Jahre anzuregen. In seiner am 6. Juni 1918 im National= rat über Völkerbundsprobleme gehaltenen großen Programmrede hatte Bundesrat Calonder noch ausgeführt: "Wir alle stimmen darin überein, daß die Schweiz nicht unter allen Umständen sich einem Bölkerbund oder einer anders benannten neuen Organisation anschließen soll, sondern nur dann, wenn dabei der Fortbestand unserer nationalen Eigenart und Selbständigkeit und unsere Gleichberechtigung in genügender Weise gewährleistet Um 14. Februar 1919 wurde der Entwurf des in Paris tagenden Bölkerbundsausschusses, am 8. Mai der definitive Wortlaut des Bölkerbunds= vertrages bekannt. Wo vermochten unsere politischen Führer von damals, als sie sich für den Beitritt entschlossen und den Ententestaatsmännern bindende Zusagen in diesem Sinne gaben, darin eine Gewährleistung für unsere Gleichberechtigung und Selbständigkeit zu erblicen? Oder aus was für merkwürdigen Quellen schöpfte unser politisches Departement, wenn es in seiner sog. Zusat= botschaft vom 18. Februar 1920 ausführte: "Die Meldungen aus den Bereinigten Staaten berechtigen uns zu der Unnahme, daß die Union schließlich dem Rufe ihrer Freunde folgen (und dem Bölkerbund beitreten) wird"? Und das zu einer Zeit, in der eben Wilson in letter Verzweiflung seinen Staats= sekretär des Aeußern, Lansing, aus seinem Rabinett ausschiffte und sich im amerikanischen Volk längst die Erkenntniß des wahren Charakters der Wilson'schen Politik und seines Bölkerbundes durchgesett hatte. Diese Tatsachen werfen ein eigentümliches Licht auf unsere außenpolitische Leitung in den vergangenen Jahren und lassen den Wunsch entstehen, daß auch über unsere auswärtige Politik seit 1917 Aufklärung in der Art geschaffen werden möchte, wie es über die ameritanische durch Lanfing geschehen ift.

## Zeitgemäße Erinnerung.

Von Meta v. Salis = Bafel.

".... Db wir künftig bei Kriegen in größerer Gefahr als bis jett stehen, Truppendurchmärsche zu sehen, ob vielleicht gar unsere Selbständigkeit in einem höheren Grad gefährdet sein wird, das lasse ich dahin gestellt; glaube aber, daß solche Rücksichten uns keineswegs hindern sollen, dassenige zu tun, wozu wir berechtigt sind und was wir unserer Wohlfahrt zuträglich sinden, und das aus folgendem Grund. Man geht nach meinem Dafürshalten von einer ganz irrigen Ansicht aus wenn man glaubt, daß in den größeren Staatsverhältnissen, wozu ich die Kriegsoperationen auch rechne, Uchtung für Recht und Pflicht, also für das Wohl und die Unabhängigkeit